



Unterbringung von Asylbewerbern und
ukrainischen Kriegsvertriebenen
- eine gemeinsame Aufgabe

BM – AL – Klausur 25.01.2024

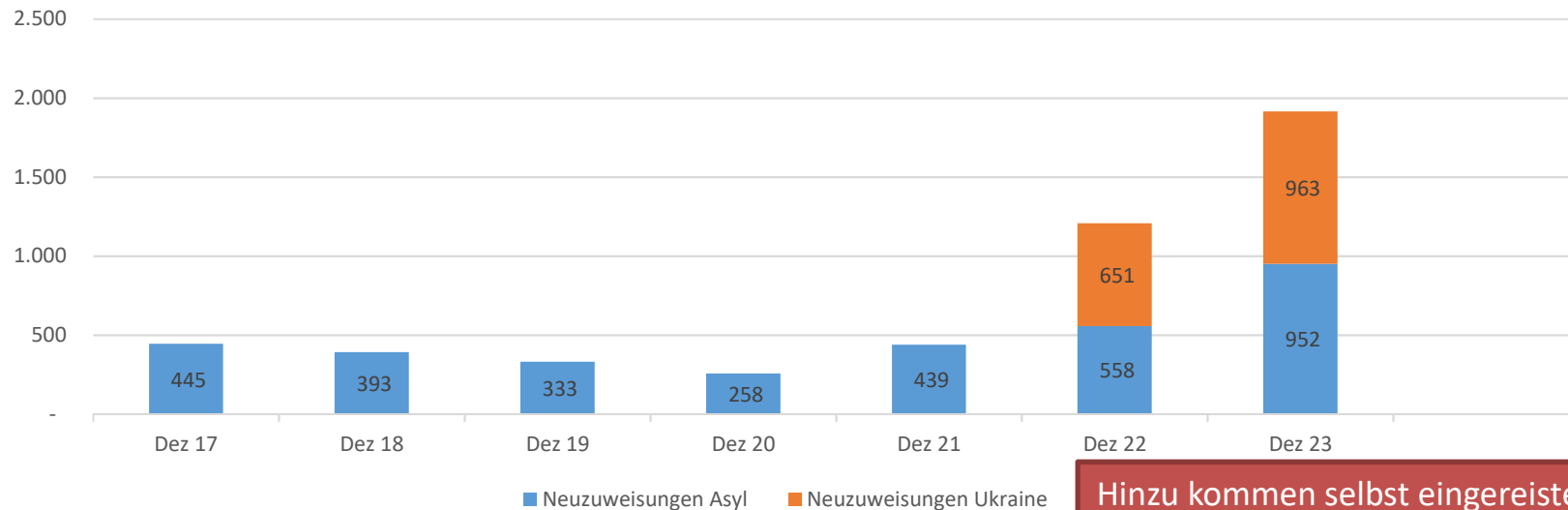
Agenda

1. Migration und Flüchtlinge – Zahlen
2. Unterbringungssituation
3. Aktuelle Handlungserfordernisse

- § 6 Sächsisches Flüchtlingsaufnahmengesetz
- (3) ¹Die höhere Unterbringungsbehörde verteilt die nach § 5 aufzunehmenden Ausländer auf die unteren Unterbringungsbehörden und leitet sie an diese weiter. ²Die Verteilung erfolgt nach einem Schlüssel, der sich aus dem Anteil des jeweiligen Landkreises oder der Kreisfreien Stadt an der Wohnbevölkerung des Freistaates Sachsen errechnet; maßgeblich sind die Verhältnisse am 30. Juni des jeweils vorangegangenen Jahres. ³Die unteren Unterbringungsbehörden sind verpflichtet, die ihnen zugeteilten Ausländer zu übernehmen.
- (4) **¹Die kreisangehörigen Gemeinden sind verpflichtet, die unterzubringenden Ausländer aufzunehmen.**

Entwicklungen der Zuweisungen durch LDS

Entwicklung der Zuweisungszahlen



Hinzu kommen selbst eingereiste Ukv
ohne Zuweisung der LDS:
rund 1.400 Personen

Annahmen für 2024:

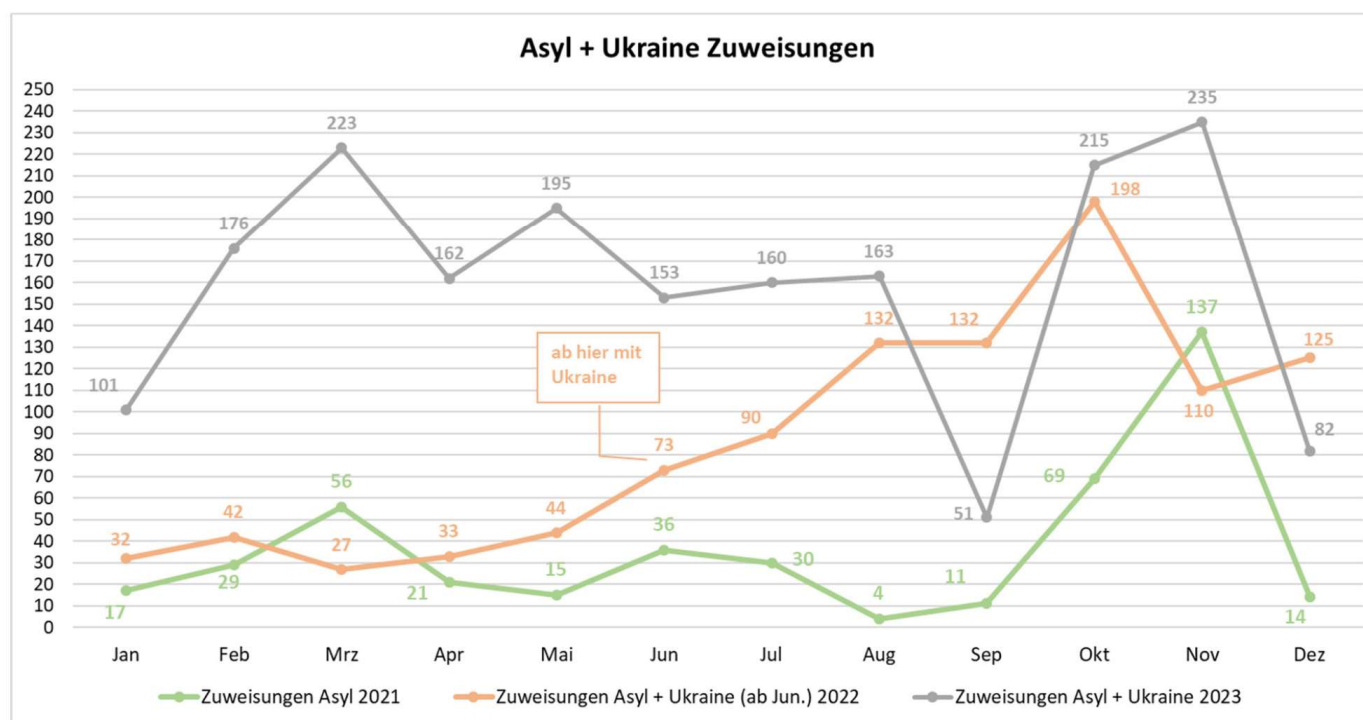
380.000 Asylantragsteller in Deutschland

→ für LKL 1.200 Neuzuweisungen

Außerdem: Ukraine???

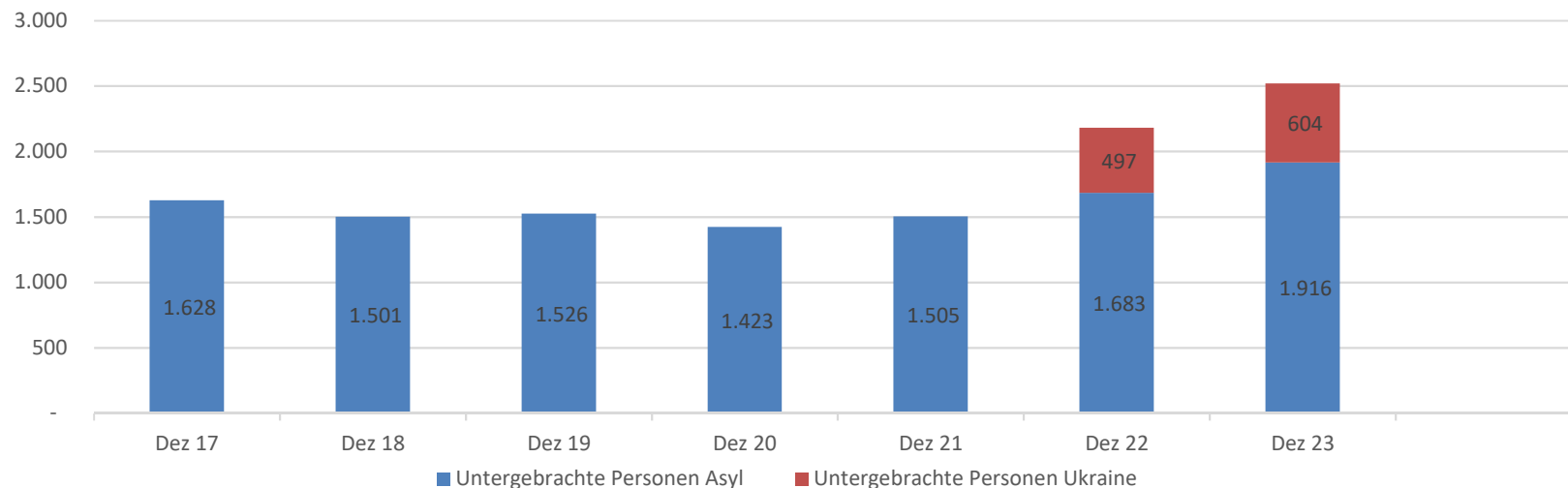
Zuweisungszahlen 2021-2023

	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
Zuweisungen Asyl 2021	17	29	56	21	15	36	30	4	11	69	137	14
Zuweisungen Asyl + Ukraine (ab Jun.) 2022	32	42	27	33	44	73	90	132	132	198	110	125
Zuweisungen Asyl + Ukraine 2023	101	176	223	162	195	153	160	163	51	215	235	82



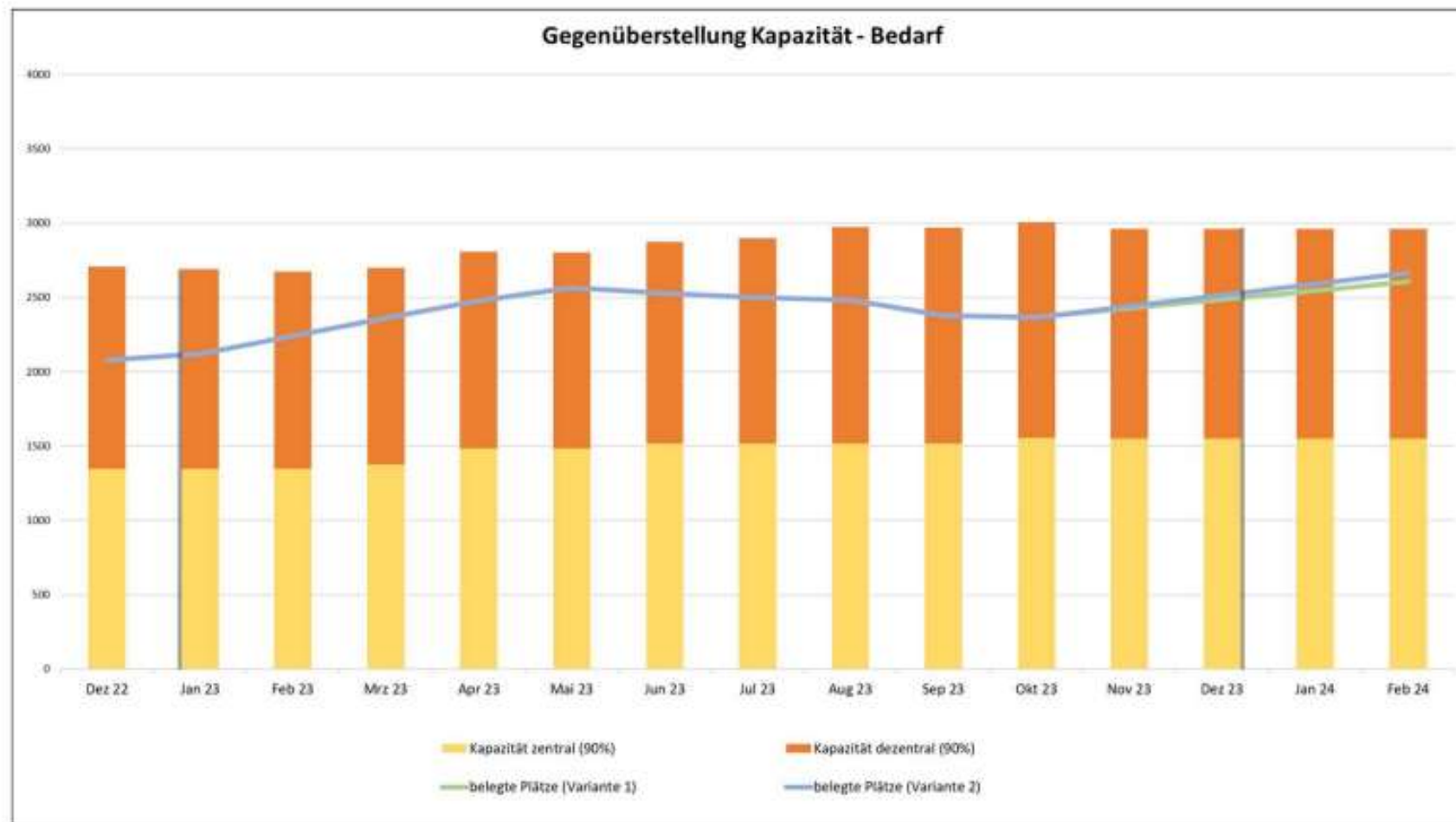
Durch den Landkreis untergebrachte Personen

Bestandsentwicklung durch das AUSA untergebrachter Personen im Landkreis Leipzig

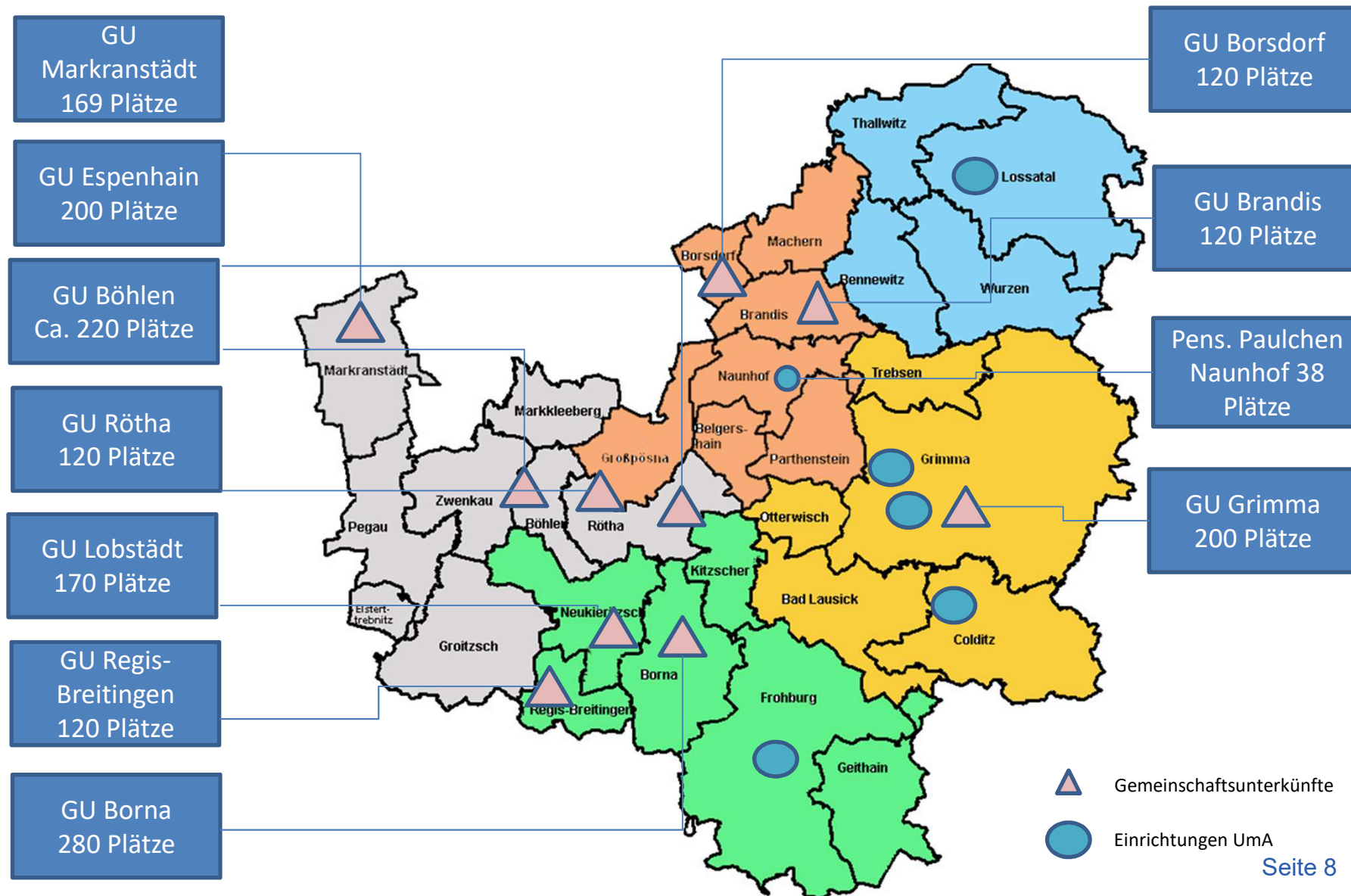


! Insgesamt leben im Landkreis derzeit rund 2.988 Personen aus der Ukraine – nur der kleinste Teil auf Plätzen des Landkreises

! Unterbringung von Menschen mit Aufenthaltserlaubnis = „Fehlbeleger“
- Asyl: 534
- UKV: 604 → 1.038 Personen leben in Plätzen des Landkreises, der dafür nicht zuständig ist

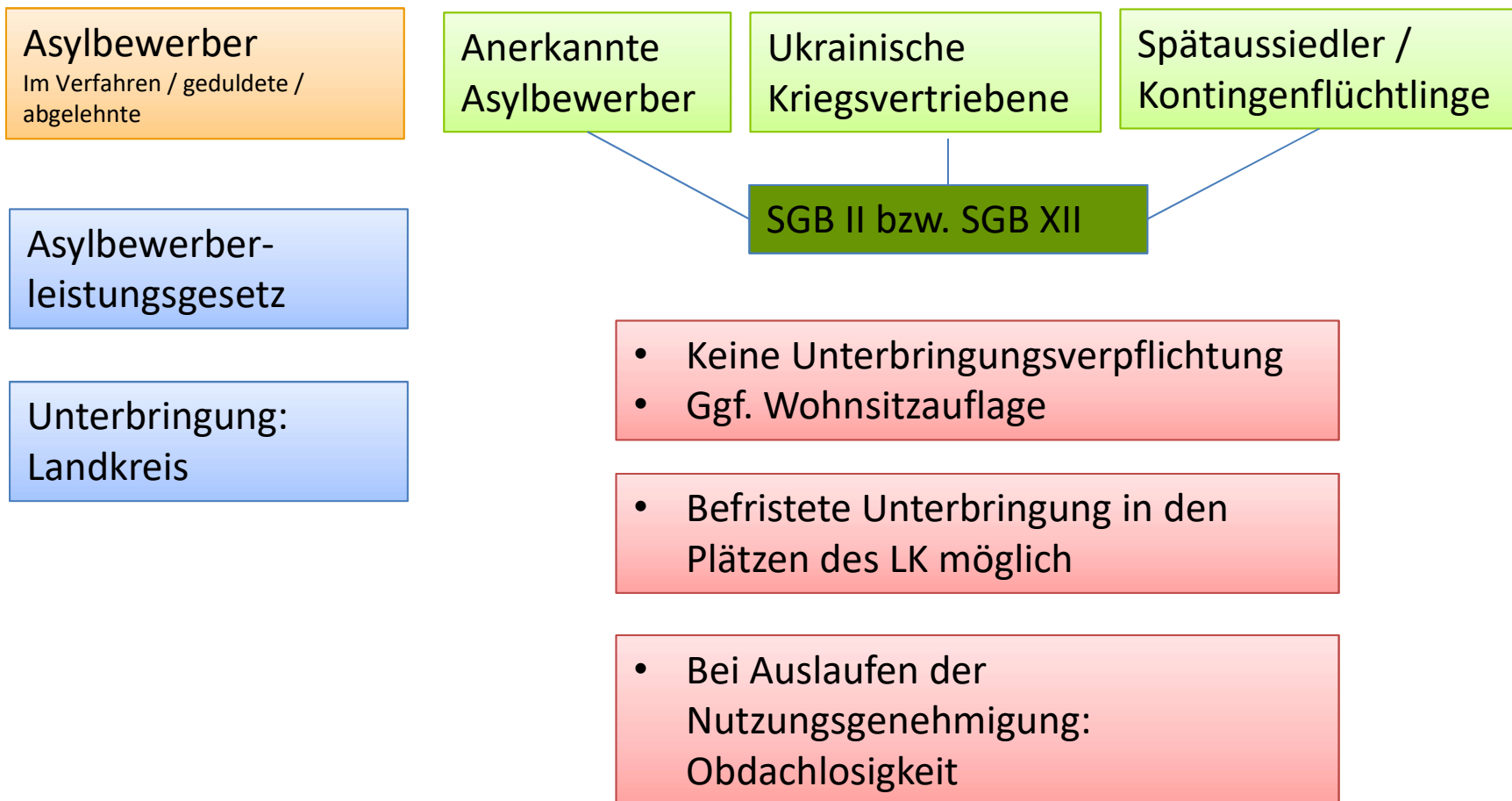


Unterbringungskapazitäten (Stand: 01.01.2024)



Verteilerquote im Landkreis Leipzig zum 31.12.2023

Städte / Gemeinden	Einwohner**	Unterbringung Asyl		Unterbringung uKv		31.12.2023
		Zentral*	Dezentral*	Zentral*	Dezentral*	Gesamt*
Bad Lausick	8.191	0	10	0	0	10
Belgershain	3.384	0	0	0	0	0
Bennewitz	5.072	0	3	0	23	26
Böhlen	6.874	158	2	0	0	160
Borna	19.668	209	155	0	0	364
Borsdorf	8.248	0	4	93	0	97
Brandis	9.718	72	1	0	1	74
Colditz	8.467	0	82	0	99	181
Elstertrebnitz	1.289	0	3	0	0	3
Froburg	12.279	0	8	0	3	11
Geithain	6.769	0	14	0	1	15
Grimma	28.207	154	167	0	66	387
Groitzsch	7.532	0	12	0	2	14
Großpösna	5.519	0	13	0	0	13
Kitzscher	5.235	0	37	0	19	56
Lossatal	6.119	0	25	0	0	25
Machern	6.756	0	9	0	0	9
Markkleeberg	24.441	0	32	0	20	52
Markranstädt	16.129	126	56	0	2	184
Naunhof	8.832	0	8	0	16	24
Neukieritzsch	6.985	104	14	26	4	148
Otterwisch	1.365	0	1	0	0	1
Parthenstein	3.547	0	0	0	0	0
Pegau	6.578	0	14	0	0	14
Regis-Breitingen	3.885	90	9	11	0	110
Rötha	6.596	228	3	17	0	248
Thallwitz	3.548	0	0	0	0	0
Trebsen	3.779	0	1	0	0	1
Wurzen	16.666	0	82	0	82	164
Zwenkau	9.441	0	10	0	37	47
Ergebnis	261.119	1.141	775	147	375	2.438



Fehlbeleger

- 1.100 Personen, die anerkannt sind blockieren Plätze in GU oder Wohnungen
- → 50 % der Plätze
- Problem: hohe Kosten für die Miete und Betreibung der Einrichtungen; extremer Verwaltungsaufwand
- Eigentlich zuständig: Menschen selbst, befristete Nutzungsgenehmigung

Zielstellung

- Ziel: keine weiteren Kapazitäten aufbauen, ggf. Abbau prekärer Standorte

Maßnahmen:

- Hoch individuelle Vermittlung in eigenen Wohnraum durch Flüchtlingssozialarbeit, Integrationskoordinatoren und BSW
 - Erfolge: ca. 150 Personen monatlich → seit 6 Monaten
- Befristete Nutzungsbescheide
- Keine erneute Aufnahme von Personen, die schon außerhalb gewohnt haben, in GU

Die gute Nachricht

- Bei 80 % der Fälle scheint alles halbwegs zu klappen
- Aber:

Fallbeispiel:

- Frau C. wohnt gemeinsam mit ihrer 16jährigen Tochter im Frühjahr 2023 in der GU in Lobstädt
- Aufgrund ihrer Herkunft Ukraine kann sie selbst eine Wohnung anmieten – es besteht keine Unterbringungsverpflichtung durch den Landkreis
- Im Herbst 2023 findet sie eine Wohnung in der Großen Kreisstadt G. – dort wird ihr im November 2023 die Wohnung gekündigt, Schlösser getauscht, ausgeräumt.
- Frau C. taucht mit ihrer Tochter unter und erscheint 4 Wochen später wieder in der Wohnung. Diese steht nicht mehr zur Verfügung.
- Die Frau ist unfreiwillig obdachlos und wendet sich an die Stadtverwaltung.
- Die Stadtverwaltung stellt keine Wohnung zur Verfügung, schickt die Frau in die Große Kreisstadt B., da dort eine Obdachlosenunterkunft zur Verfügung steht. Hier durfte sie eine Nacht schlafen.
- Hilfesuchend wendete sie sich an die FSA → diese versuchte, eine Notunterkunft zu finden. Involviert waren die Städte Markkleeberg, Regis-Breitingen, Rötha, Borna ...
- Kurzfristiges Couch-Hopping erfolgte durch die Frau mit Tochter
- Durch Markkleeberg wurde eine Monteurswohnung zur Verfügung gestellt.
-
-

Gemeinsame Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Familie und des Sächsischen Staatsministeriums des Innern Empfehlungen zur Unterstützung von Wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit Bedrohten Nr. 7143-2-200

Unterbringung von Obdachlosen

4.1 Die Ortspolizeibehörden sind in Fällen plötzlich auftretender Obdachlosigkeit verpflichtet, die Obdachlosigkeit als Störung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu beseitigen (§ 1 Abs. 1 Polizeigesetz des Freistaates Sachsen ([SächsPolG](#)) (...) in Verbindung mit §§ 3, 59 und 64 [SächsPolG](#)).

Hierbei sind alle Umstände, insbesondere die Gründe der Obdachlosigkeit, die Größe der Familie, die Zahl der Kinder usw., zu berücksichtigen. Die übrigen zu beteiligenden Stellen (vergleiche Nummer 3) sollen hinzugezogen oder unverzüglich über die ergriffenen Maßnahmen unterrichtet werden, wenn ihre vorherige Beteiligung nicht möglich war.

4.2 Obdachlose Personen sollen – soweit vorhanden – in gemeindeeigenen oder der Gemeinde zur Verfügung stehenden Unterkünften untergebracht werden. Die Unterbringung auf dem Gebiet einer anderen Gemeinde ist nur mit deren Zustimmung zulässig. Die Räume werden dem Obdachlosen durch privatrechtliche Vereinbarung oder durch Verwaltungsakt zugewiesen. Die zugewiesenen Räume sind genau zu bezeichnen.

...

- Befristete Nutzungsgenehmigungen für o.g. Personenkreis werden künftig zunehmen
- Ist trotz aller Bemühungen im Vorfeld keine Wohnung zu finden, wird die Person in die Obdachlosigkeit entlassen
- Besonders betroffen: Kommunen mit GU
- **Bitte an kommunale Familie:**
 - Das regionale Ungleichgewicht ist augenscheinlich
 - Insbesondere die Kommunen mit nur wenigen Flüchtlingen sollten bei der Beschaffung von Wohnraum zur Direktanmietung helfen

Rückfragen oder Umsetzungshinweise

Ines Lüpfer
2. Beigeordnete Landkreis Leipzig
ines.luepfert@lk-l.de
Tel: 03433 241 1004